



Palästinensische Flüchtlinge: Heimatlos – und hoffnungslos?

„Hoffnungslosigkeit, Frustration und Wut“ – so beschreibt Karen Koning AbuZayd die Gefühle vieler palästinischer Flüchtlinge in Gaza und im Westjordanland. Die Kommissarin des UNO-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) sprach in der vergangenen Woche zum Auswärtigen Ausschuss und zum Entwicklungsausschuss des Europaparlaments. Und auch wir sprachen während ihres Besuchs mit ihr.

Karen Koning AbuZayd ist krisenerprobt: Vor Antritt ihrer derzeitigen Position hatte die US-Amerikanerin 19 Jahre lang im Stab des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen gearbeitet, darunter zwei Jahre als Stabschefin in Bosnien während des Balkankriegs.

Frau AbuZayd, im Auswärtigen Ausschuss haben Sie die schlechten Bedingungen angesprochen, unter denen die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland leiden. Wie schlimm ist ihre Situation dort?

Besonders in Gaza ist sie sehr schlimm und wird immer schlimmer, weil aufgrund der Blockade immer weniger Güter hineinkommen. Es gibt nur eine sehr grundlegende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Die Menschen dort haben nun acht Jahre von diesen Minimalrationen gelebt. Das ist nicht besonders gesund, da sie nur 60 Prozent der lebensnotwendigen Kalorien erhalten. Ihnen fehlt es an so ziemlich allem: Internet, Strom und so weiter.

Wir tun unser Bestes, um für zwei Drittel der Bevölkerung die grundlegende Bildungs- und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Die palästinensischen Flüchtlinge würden die Lager gerne verlassen, besonders der Zukunft ihrer Kinder wegen. Sie empfinden Hoffnungslosigkeit, Frustration und Wut über das, was sie ihren Kindern nicht bieten können. Es gibt Väter, die kein Essen auf den Tisch stellen können und keine Arbeit haben. Die Situation ist düster und sie wird immer schlechter.

Wie steht es um die Situation palästinensischer Flüchtlinge in anderen Staaten im Mittleren Osten, zum Beispiel im Libanon nach den bewaffneten Konflikten der Jahre 2006 und 2007? Ist die internationale Gemeinschaft wirklich engagiert genug, um dort für eine Verbesserung zu sorgen?

Die Situation der Palästinenser war im Libanon lange mit am schlimmsten: Sie durften nicht arbeiten und wir durften die Lebensumstände in ihren Camps nicht verbessern.

Seit 2005 hat sich das geändert. Die 30.000 Menschen, die aufgrund der genannten Konflikte fliehen mussten, haben in relativ guten Umständen leben können. Heute aber

sind sie arbeits- und heimatlos. Wir haben Fertighäuser für sie errichtet. Um Ihre Situation zu verbessern, wird viel Arbeit nötig sein – und viel Geld.

Über die Flüchtlinge in Syrien und Jordanien sprechen wir selten, da sie in Gebieten wohnen, wo es keine Konflikte gibt und wo die Regierungen sie gut behandeln. Sie genießen dort die vollen Bürgerrechte. Sie können arbeiten, zur Universität gehen und leben nicht in Camps wie im Libanon. Die Flüchtlinge dort können für sich selbst sorgen und brauchen keine humanitäre Hilfe.

Sehen Sie nach der Wahl eines neuen US-amerikanischen Präsidenten Veränderungen im Israel-Palästina Konflikt?

Wir hoffen das, denn Obama beteuerte während seines Wahlkampfes, er würde diesem Thema im Falle seiner Wahl mehr Aufmerksamkeit widmen. Also werden wir ihn alle daran erinnern. Wir hoffen, dass er zumindest jemand Hochrangigen mit dieser Aufgabe betreuen wird. Wir denken, das ist wichtig.

Welchen Beitrag kann die EU leisten, um den Friedensprozess im Mittleren Osten voranzubringen?

Wenn wir über Beiträge reden... wir können immer mehr Geld brauchen (lacht). Natürlich machen wir uns im Hinblick auf die finanzielle Situation in der Welt Sorgen, ob wir im nächsten Jahr mehr Geld bekommen werden.

Die EU und die Europäer werden im Mittleren Osten als ausgeglichen gesehen, sie können mit beiden Parteien sprechen und Nachrichten beider Parteien übermitteln ohne parteiisch zu sein.

Wir denken auch, dass die Europäer Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht hochhalten und dies auch von ihren Partnern verlangen, sowohl von der UNO als auch von den Regierungen.

Wir brauchen einen alle einschließenden Prozess, der auf Prinzipien und Rechten fußt – auf den Rechten der Palästinenser und denen der Israelis. Wir glauben daran, dass die Europäer helfen können, diesen Ansatz zu verwirklichen.